

Saale-Beitung

Zweimundvierziger Jahrgang

Anzeigen

Wenden die Spielkarte oder dem...

Redaktion und Comp. -Geschäftsstelle...

Verlagspreis für Halle... Nr. 581.

Nr. 581.

Halle a. S., Freitag, den 11. Dezember

1908.

Der vierte Tag der Etatsdebatte.

Deutscher Reichstag.

180. Sitzung vom 10. Dezember.

Am Bundesstaatsliche: Endow, v. Bethmann-Hollweg, v. Scheen...

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Die erste Lesung des Etats.

Hbg. Haußmann (südd. Vp.):

Bei der Etatsdebatte ist hier öfter das Wort gefallen: right or wrong my country, you are best off... Die erste Lesung des Etats.

die Person des Monarchen

in die Debatte ziehen. Er erfüllt nur seine patriotische Pflicht, wenn er von seinem Rechte, Kritik zu üben, Gebrauch macht...

Wenn man Japan nennt,

so muß man sich auch des anderen Staates im fernem Osten erinnern, der in den letzten Zeiten große Veränderungen vorbereitet...

Erstellung der Fremdenlegion

bestehen, die mit ihrem Vandalencharakter in der Gegenwart nicht mehr zurechnungsfähig... Erstellung der Fremdenlegion.

Umführung in der Türkei

verleiht gerade die Beteiligung der Offiziere an dem Kampfe gegen das absolute und despotische Regiment erhöhte Bedeutung...

stellung der Ueberlegenheiten, Ratlosigkeit und Rankinen vermeiden. (Sehr gut! links.) Nun zu

Deisterreiß

selbst. Wir stimmen dem Reichstanzler vollständig zu, daß nichts unterläßt werden kann, was Oesterreichs Verlegenheiten bereitet...

eine Extraitur mit Frankreich

gemacht hat. Nach dem, was der frühere italienische Minister Fortis neulich in der italienischen Kammer gesprochen hat...

Frankreich und England

gefunden. Das zeigt uns, daß Deutschland im Zustande einer gewissen Vereinigung sich befindet... Frankreich und England.

Bereinsgesetz

nüßig lokal durchzuführen wollen. Ich bin ihm um so dankbarer dafür, da ich selbst nicht für das Gesetz gestimmt habe...

schaffen möglich gemacht werden, auch Polen für ihre Bestrebungen zu gewinnen, deshalb liegt der Gebrauch der polnischen Sprache gerade auch im deutschen Interesse...

Etat

so zu gestalten, daß das Defizit auf ein verständliches Maß zurückgeführt und die Steuern nicht zu viel Mühmüht und Unmut zu erzeugen brauchen...

Reichskanzler führt Bülow:

Herr Haußmann hat ebenso wie andere der Herren Vorredner die Frage einer internationalen Einschränkung der Rüstungen zur Sprache gebracht...

internationale Beschränkung der Rüstungen

stets für eine an und für sich sehr wünschenswerte Sache gehalten. Unser Verhalten in dieser Frage ging hervor aus Zweifel an der Durchführbarkeit solcher Vorschläge...

Der Wunsch allein ist es nicht. Ich will gewiß nicht von vornherein, ohne zu prüfen, jede Möglichkeit von der Hand weisen. Aber allein die technischen Schwierigkeiten scheinen mir sehr große zu sein...

Unsere Rüstungen sind von der Notwendigkeit diktiert,

uns nach verschiedenen Seiten verteidigen zu können. Es ist im Laufe dieser Debatte wiederholt gesagt worden, unsere auswärtige Lage lasse zu wünschen übrig...

Und schließlich, m. H., das Maß, der Umfang unserer Rüstungen ist vom Gesetz bestimmt, und zwar lediglich nach dem Gesichtspunkte, unsere Rüstungen zu verteidigen und unsere Handlung zu sichern...

fürhungen auch den Namen eines langjährigen Beamten des Ausrüstungsamtes in die Diskussion gezogen. Es handelt sich um einen in langer und harter Arbeit unter vier Kanielen ergauten Beamten, es handelt sich um einen Mann von wachsamem und hartem Patriotismus, der während eines Menschenalters für die deutschen Interessen auf der Weite gefanden hat. Es handelt sich um einen Mann, dessen ungewöhnliche Kenntnisse und dessen hervorragende politische Befähigung und dessen selbständiger Charakter allen denjenigen Achtung einflößen müssen, die ihn kennen. Ich weise die gegen den

Wirtschaftl. Ges. Rat v. Holtzein

gerichtigsten Angriffe jurid. Der Herr Abg. Kaufmann hat weiter in dem Augenblick, wo dieser Ges. Rat, angeblich, daß in der Marokkoangelegenheit sich verschiedene Einflüsse bemerkbar gemacht hätten. Das Auswärtige Amt ist ein mir unterstelltes Ressort, und in einem mir unterstellten Ressort dürfte ich keine Interessen und Nebenbestimmungen. In dem ich für die Einseitigkeit der Führung und Leitung unserer Politik Sorge trage, erlaube ich lediglich die mir von der Verfassung auferlegte Pflicht, die von dem Reichstagler volle Ausführung seiner konstitutionellen Befugnisse verlangt.

Endlich hat der Abg. Kaufmann auch an dem Vorgehen Oesterreich-Ungarns in verschiedenen Punkten Kritik geübt. Oesterreich-Ungarn ist uns seit einem Menschenalter ein treuer Bundesgenosse gewesen. Ich halte es nicht für richtig, die Schwierigkeiten, in denen sich gegenwärtig unser Bundesgenosse befindet, durch eine unfruchtbar Kritik zu erhöhen. Ich wiederhole: Warten Sie auf Oesterreich-Ungarn, und wir glauben, auch der Sache des Friedens am besten dadurch zu dienen, daß wir keinen Zweifel lassen über die Unerschütterlichkeit dieses Bündnisses und über den Ernst, mit dem wir unsere Bündnispflicht betrachten. (Stimmloser, mehrfach wiederholter Beifall rechts, in der Mitte und links.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen:

In aller Kürze einige Bemerkungen über Einzelfragen der auswärtigen Politik. Zunächst Marokko. Im Frühjahr dieses Jahres ist Ihnen eine Sammlung von Aktenstücken über diese Frage vorgelegt worden. Eine Fortsetzung dieses Reichsbuchs ist in Arbeit, ich hoffe, daß es Ihnen bei Ihrem Zutritt nach den Weihnachtsferien oder sehr bald danach zugänglich gemacht werden kann. Sie werden in diesem Reichsbuch manche Aufklärung und in die Vertiefung erfahren. Aber den Anknüpfungspunkt mit den Oesterreichern in Cabablanca wird das Reichsbuch nur sehr wenig enthalten. Ich möchte daher dazu bemerken: Es ist wie im bürgerlichen, so auch im staatlichen Leben ein allgemein anerkannter und befolgt Grundgesetz, daß eine Sache, die vor dem Richter ist, der Erörterung entrückt werden soll. Das müssen wir auch bezüglich des Falles von Cabablanca und auch der unmittelbar zusammenhängenden Fragen tun. Aus diesem Grunde muß ich es mir verlagern, jetzt auf diese Sache einzugehen. Nur das eine will ich bemerken, daß die Annahme des Abg. Schönbauer, als ob wir noch kein Kenntnis des französischen Berichtes unter Vorliegen der vorherigen Entscheidung aufrecht erhalten hätten, irrtümlich ist in doppelter Beziehung, in bezug auf den Zeitpunkt und in bezug auf den Inhalt. Der französische Bericht ist am 7. November abends in meine Hände gelangt und unverzüglich darauf ist die Verbindung zwischen uns und Frankreich über das Schiedsgericht erfolgt. Von einer Entscheidung ist niemals die Rede gewesen, nur von dem Ausdrucks des Bedauerns. (Seitert.)

Wesentlich ist der Wunsch geäußert worden, unsere Truppen aus China zurückzuführen. Die Regierung teilt diesen Wunsch in vollem Vertrauen darauf, daß die chinesische Regierung lokal und energisch für die Aufrechterhaltung der Ruhe sorgen wird und in der Lage ist, etwaigen Bewegungen entgegenzutreten. Wir haben bekanntlich bereits vor einigen Jahren die Initiative der Zurückziehung der Besatzungstruppen ergriffen. Wir haben auch im Laufe dieses Jahres weitere Schritte zur Verminderung der Besatzung getan, und zwar mit dem Erfolge, daß eine derartige Maßregel, die ja auch aus fiskalischen Gründen sehr wünschenswert ist, unverzüglich ins Auge gefaßt werden konnte. Inzwischen ist in China der Thronwechsel eingetreten. Wenn dieser Akt auch in Ruhe sich vollziehen hat und erfreulicherweise die Hoffnung besteht, daß Ruhe und Ordnung im weiten chinesischen Reich aufrecht erhalten bleiben werden, so empfiehlt es sich doch, zurecht von einer sofortigen Zurückziehung der Truppen abzugehen, denn nach dem Urteil aller Sachverständigen würde jede Truppenbewegung im gegenwärtigen Zeitpunkt bei der chinesischen Bevölkerung Verwirrung hervorrufen. Sie könnte zu Mißverständnissen und Zwischenfällen Anlaß geben. Aus ähnlichen Erwägungen hat auch die japanische Regierung die bereits für November beschlossene Zurückziehung vorläufig noch aufgegeben. Dementsprechend beabsichtigt die Kaiserliche Regierung, eine erhebliche Verminderung, wenn nicht die gänzlich Zurückziehung, so schnell wie möglich in die Wege zu leiten.

Verschiedene Redner haben darauf hingewiesen, daß der Vorkauf in Konstantinopel zurzeit des Umchwüchtes nicht auf seinem Posten war, und es ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß Herr v. Marischall sich von den Ereignissen habe überraschen lassen. Anzeichen einer möglichen Umwälzung hatte der Vorkauf längst bemerkt und berichtet. Wie rasch sich die Hülfe Bewegung in eine offene Umwälzung wende und welchen Erfolg sie haben würde, das entzog sich jeder Berechnung. Herr v. Marischall befand sich in der Tat auf einem durch Gewaltsamkeiten gebotenen Urlaub, als die Umwälzung der Dinge in Konstantinopel mit ungeahnter überraschender Schnelligkeit sich vollzog. Der erste Gedanke war, den Vorkauf zur Rückkehr zu veranlassen. Nach eingehender Erwägung ist davon Abstand genommen worden, weil wir bestimmte Anzeichen hatten, daß eine befehlsmäßige Rückkehr zu verwirrenden Kommentaren Anlaß geben würde und der Verdächtigung Raum geben würde, als ob es sich um die Rettung des alten Regimes handle. Auch war die Vertretung in bewährten Händen. Bemerkenswert möchte ich noch, daß unser Vertreter im ersten Schluß, dem Ministerien, nach Wiedereröffnung der Verhandlung beigewohnt hat und hierbei dem Sultan die besten und herzlichsten Glückwünsche des Kaisers zur Bewer-

bung der Dinge, zur Reformation, übermittelt hat in der Hoffnung, daß die Neuerung der Türkei zum Segen gereichen werde. (Hört! hört!) Deutschland ist also die erste Macht gewesen, die ihre Sympathie für die verjüngte Türkei zum Ausdruck gebracht hat. Unrichtig ist auch, daß die deutschen Schiffe am türkischen Kreuzerboot nicht gelangt hätten. Der Abg. Kaufmann hat dem jetzigen Vorkauf der Vereinigten Staaten in Berlin sehr freundliche Worte gewandt, und mit Wärme von den Gefühlen gesprochen, die wir alle ihm und dem großen Volke entgegenbringen, das er vertritt. Wir alle, füge ich hinzu (mit erhöhter Stimme), wir alle, hoch und niedrig. (Lebhafter Beifall.) Ich will noch einige Worte über das ich mir die Thema vom auswärtigen Dienst sagen. An der Diplomatie ist in den letzten Wochen herbe Kritik geübt worden. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß eine Zeit kommen wird, wo Sie wieder mit Wohlwollen der Diplomatie gegenübersehen werden. Daß die Zuführung frischen Blutes erwünscht ist, ist ganz meine Meinung. (Beifall. Hört! hört!) Daß in dem Geschäftsbetriebe des Auswärtigen Amtes manches Verbesserungsbedürfnis, manches Verbesserungsbedürfnis ist, das zugegeben, bin ich der erste. Manches ist bereits geschehen, vieles bleibt noch zu tun übrig. Reformen sind in Arbeit und ich würde denselben besonderes und lebhaftes Interesse. Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich alle Kräfte daran setzen werde, um praktische Reformen einzuführen und, wenn meine Kräfte reichen, auch durchzuführen.

Hg. Zimmermann (Ref. Part.):

Trotz unserer Freundschaftserklärungen hält ganz England Deutschland nach wie vor für den Feind. Das sollte uns davor behüten, unsere Flottenpolitik zu beschränken. Fürs Billon sollte Oesterreich darauf aufmerksam machen, daß die weitere Schädigung des Deutschen aus dem Bündnis seiner gefährlich muß. (Sehr gut!) Ein Deutscher ohne Deutsch-Oesterreich kann es nicht geben. Redner wendet sich dann der Beamtensoldatensfrage zu. Ungerecht ist die wachsende Beschäftigung weiblicher Beamter.

Hg. Dröcher (Kon.):

Spricht lebhaft von der Soldatensoldat, die er für eine dringende Notwendigkeit erklärt. Alle Hoffnungen hat sie freilich nicht erfüllt; aber die Beamten dürfen ihre Forderungen auch nicht überpassen. Leider sind in der Vorlage wesentlich neue soziale Gesichtspunkte nicht enthalten.

Hg. Bad-Helberberg (natl.):

bespricht ebenfalls die Beamtensoldatensfrage in ähnlicher Weise. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 11 Uhr. Schluß 6¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

11. Sitzung am 10. Dezember.

Am Ministerial: Deiblich, Reitenbach. Präsident a. Kröger eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Auf der Tagesordnung steht die

Interpellation Trimbors (Str.) betreffend Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

In Verbindung mit den Anträgen Antonlohn (fr. Sp.) und Raßard (Kon.) betreffend die Beschleunigung öffentlicher Arbeiten. Handelsminister Deiblich erklärt sich bereit, die Interpellation alsbald zu beantworten. Hg. Trimbors (Str.) begründet die Interpellation. Die wirtschaftliche Krise ist international. Auch aus anderen Ländern käme die Krise. In Deutschland betrage nach einer gewerkschaftlichen Berechnung nur eine Arbeitslosigkeit von 27 Prozent gegen 82 Prozent in England und 62 Prozent in Belgien. Die Ursache der geringeren Arbeitslosigkeit ist, daß Deutschland nicht ausschließlich Industriestaat sei, sondern eine lebensfähige Landwirtschaft habe, die das heile Rückgrat des Staates sei. Ohne den kräftigen Zufluß der Landwirtschaft wären die Wirtungen der Krise noch viel schlimmer. (Sehr richtig! im Zentrum.) Zu einem Angriff auf die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre sei also kein Anlaß da. Nicht überall herrsche Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften hätten viel getan zur Linderung der Not. Zu bemerken sei, daß die Arbeiter selbst die Notlage vermerken, weil die überflüssigen Arbeiter nicht abzuweisen wüßten. Auch für den Staat bleibe noch viel zu tun. Wo ein Wille sei, sei auch ein Weg. Was sollte jetzt noch die Massenbeschäftigung ausländischer Arbeiter? Zur Beseitigung der Lage des Arbeitsmarktes müsse noch mehr gesehen unter Heranziehung der Arbeitervereine, Gewerkschaften usw.

Handelsminister Deiblich:

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit können politische, wirtschaftliche, lokale, nationale und internationaler Natur sein. Die Ursache muss man ermitteln, wenn man die Mittel finden will, mit denen Abhilfe zu schaffen ist. Die Ursache der derzeitigen Arbeitslosigkeit ist, wie schon gesagt worden, zweifellos die amerikanische Wirtschaftskrise, die auf unseren Geldmarkt nachteilig gewirkt und damit die schon vorhandene rückläufige Bewegung der wirtschaftlichen Konjunktur noch verstärkt hat. In erster Linie handelte es sich bei uns um eine Finanzkrise, deren Folge erst die wirtschaftliche Krise war, die nicht nur die Arbeiter, sondern das gesamte Handwerk und Gewerbe, den gesamten Mittelstand, betroffen hat. Ersteilichermasse zeigen sich bereits

Anträge zu einer Besserung,

insbesondere im Baugewerbe. Von der amerikanischen Krise wurde besonders die auf den amerikanischen Markt angewiesenen Gewerbe betroffen, insbesondere der Schiffbau. Leider haben wir keine umfassende Statistik über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gewerben. Sobald sich die Verhältnisse im Baugewerbe gebessert haben, wird auch die Eisenindustrie mehr Beschäftigung finden, sie hängt ja größtenteils vom Baugewerbe ab. Da wir die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt schaffen können, müssen wir die Folgen zu mildern lassen. Theoretisch scheint eine

Arbeitslosenversicherung

das Gegebene. Die preussische Regierung steht in dieser Frage durchaus auf dem vom Staatssekretär des Innern im Reichstage dargelegten Standpunkt. Die Linderung der Not, die mit der Arbeitslosigkeit erwächst, werden wir nach wie vor uns angelegen sein lassen durch Wanderversicherungen und die Unterstützung der unabhängigen, am besten paritätischen Arbeitsnachweise aus Staatsmitteln. Bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist die große Schwierigkeit, daß nicht jeder Arbeiter für jede Arbeit taugt. Wirklich helfen können wir nur durch Verringerung des Angebots oder durch Vermehrung der Nachfrage.

Der Staat soll nun auf die Kommunen dahin einwirken, daß sie den notwendigen Gewerben Aufträge geben. Das ist leichter gesagt als getan. Wir sind durchaus bereit, die noch vorhandenen Mittel der einzelnen Ressorts, die naturgemäß je nach Verlauf des Etatsjahres nur noch geringfügig zu Maßnahmen zu verwenden, die die Arbeitslosigkeit mildern können. Man hat uns empfohlen, möglichst schon jetzt Arbeiten in Angriff zu nehmen, die künftig auszuführen sind, also Arbeiten an Bauten, die in den nächsten Jahren doch fertiggestellt werden müssen. Ich bewillige, daß das Haus damit einverstanden werden wolle, wenn wir jetzt schon Arbeiten in Angriff nehmen, für die wir noch einmal die Aufträge festsetzen, und die noch der Genehmigung des Hauses bedürfen. Wir werden uns das tun, so müßte der Landtag volens volens auch die Entschlüsse dieser Projekte bewilligen, die er doch noch gar nicht kennt. Ich als Minister wünsche mir einen solchen Beschluß des Landtages auf sein Geheiß. Ich möchte nicht, daß der Minister jetzt dann auf die in der Debatte gemachten Eingangsfragen näher ein.

Es sind in diesem Jahre auch 100000 Mann mehr als im vorigen Jahre für diesen Zweck eingestellt. Aber der Arbeitsnachweise kann auch nur lokalregulierend eingreifen, wenn es sich außerordentlich schwer, Indusriefabrik zu bewegen, ihre Heimat zu verlassen und an anderen Orten Beschäftigung zu nehmen, die ihnen nicht liegt. In bezug auf die Frage der Verringerung des Angebots sind wir an einer solchen Lage, weil wir in der Beschäftigung auswärtiger Arbeiter einen gewissen Regulator für den Arbeitsmarkt haben. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir haben die ausländischen Arbeiter nur insoweit gezogen der bitteren Notlage, als wir sie ziehen können. Man würde im Nachhinein unsere alten Leute erhalten haben. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Aber sie sind nicht zu halten. Sie ziehen in andere Gegenden, weil ihnen die Beschäftigung dort vorzuziehen erscheint. Nachwuchs haben wir im Osten nicht und infolge dessen hat wir auf die auswärtigen Arbeiter zur Verrichtung von Arbeiten angewiesen, die unsere einheimischen Arbeiter nicht mehr verrichten wollen. Aber richtig ist, daß die Beschäftigung auswärtiger Arbeiter nicht dahin führen darf, daß in der Zeit einer mangelnden Arbeitsgelegenheit den einheimischen Arbeitern die Möglichkeit des Arbeitens genommen wird. Wir sind bemüht, in dieser Weise zu handeln. Im Ruhrrevier ist die Industrie auch betroffen gewesen, gewisse ausländische Elemente aus ihrer Arbeitstätigkeit abgesehen. Es liegt in der Natur der Dinge, daß man in erster Linie die einheimischen Arbeiter zu halten beizuhilft. In den eigentlichen industriellen Betrieben werden keine Ausländer beschäftigt, in der Eisenbahnverwaltung nur ganz vorübergehend. In keinem industriellen Betriebe haben, soweit ich habe feststellen können, Arbeiterentlassungen stattgefunden, die die Zahl der Arbeitslosen vermehrt hätten. Die Notstandsarbeiten kann man nur als ein höchst mangelhaftes und unzureichendes Mittel ansehen. Es kann sich auch da nur um Arbeiten handeln, die einen wirtschaftlichen Wert haben, denn man kann nicht einen Berg abarbeiten und dann wieder zurücklassen lassen. Diese Notstandsarbeiten sind auch meistens nur Erdarbeiten für Bauten. Diese im Winter durch Indusriefabrik verrichten zu lassen, ist ausgeschlossen. Handwerker kommen hier auch nicht in Frage. Es würden nur Arbeiter für diesen Winter finden, die wohlverwendet werden könnten. Das gleiche gilt von den Arbeitern in der Landwirtschaft. Man kann auch nicht verheirateten Arbeitern zuzumuten, die Familie zu verlassen und dort zu arbeiten. Wir werden aber selbstverständlich bei der jetzigen Konjunktur so viel Aufträge herausbringen, als nur möglich ist. Ich werde die Neuanlagen im Ruhrrevier so forcieren und betreiben, wie mir möglich ist. Aber wir sind in der Beziehung auch abhängig von den jeweiligen Bedürfnissen. Die Mittel, die nach dem Etat des laufenden Jahres noch vorhanden sind, sollen so rasch wie möglich verausgabt werden, um Aufträge herauszugeben zu lassen. Die Vorbereitungen für die Ausgaben des neuen Etats sollen so gefördert werden, daß die Aufträge unmittelbar nach der Verabschiedung des Etats erteilt werden können. Die Beschäftigung der Arbeiter kann nicht ganz vollständig werden, auch können die Arbeiter in einer normalen Verhältnissen auf Gefährdung berufen, nicht mit einem Male anderweitig vergeben werden. Alles in allem: Wir werden tun, was irgend möglich ist, um eine Linderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. (Beifall.) Die großen Kommunen sind auf diesem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge schon mühevoll vorgegangen. Gerade einen Teil der Erfahrungen, über die wir heute verfügen, verdanken wir dem opferwilligen Empirismus der großen Städte. (Beifall rechts u. bei den Natl.)

Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach:

Ich habe im Januar bereits die Eisenbahnverhältnisse angeordnet, arbeitende Indusriefabrik nach Möglichkeit zu beschäftigen. Demgemäß ist Verfahren worden; eine große Zahl Indusriefabrik sind in der Eisenbahnverwaltung tätig. Die Eisenbahnverwaltung hat in diesem Jahre eine besonders große Bautätigkeit entfaltet; wir werden 338 Millionen dafür auf, doppelt so viel wie 1904 und erheblich mehr als in den letzten drei Jahren. Ähnlich liegen die Dinge in der allgemeinen Bauverwaltung. (Der Minister führt eine Reihe von Zahlen an.) Den Wunsch, die Arbeiter der Staatseisenbahn und der Eisenbahnverwaltung auf die einzelnen Jahre gleichmäßiger zu verteilen, teilen wir auch und möchten ihn gern zum Grundsatze erheben lassen. Aber das ist unmöglich; wir können erfahrungsgemäß die Entwicklung des Verkehrs nicht auf längere Zeit hinaus beschränken, und das Maß der uns vorzunehmenden Arbeiten wird immer mit der Verkehrsvermehrung Schritt halten müssen. Die früher erlassene Verfügung, daß einheimische Arbeiter, die eine gewisse Zeit in einer gewissen Zone um Wasserbau herum anwesend waren, zu Arbeiten an diesen Wasserbauten nicht angeworben werden dürfen, ist inzwischen aufgehoben worden. Wir werden uns bemühen, die Schwierigkeiten, die der Linderung der Arbeitslosigkeit entgegensteht, zu überwinden. (Beifall rechts.)

Hg. Borgmann (Soz.): Die Arbeitslosigkeit wird erst aufgehoben, wenn die bestehende Gesellschaftsordnung geändert ist. (Gesächter.)

Hg. Wallerich (Kon.): Das Land wird sich wundern, daß wir uns hier über die Arbeitslosigkeit des Kopf zerbrechen, während der Landwirtschaft die Arbeitskräfte fehlen. (Zustimmung rechts.) Die Gefährdung der Arbeit muß noch weiter eingeschränkt werden.

Das Haus vertagt sich: Nächste Sitzung Dienstag, den 12. Januar 1905, 11 Uhr. Schluß 4¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Seel- und Personalnachrichten.

Zur Begrüßung des deutschen Kaisers, der im nächsten Frühjahr wieder die Insel Korfu besucht, wird sich der künftige Kronprinz Friedrich Wilhelm in Begleitung zweier Kriegsschiffe dorthin begeben.

Die Prinzessin Albert zu Schleswig-Holstein-Glücksburg ist von einer Tochter entbunden worden.

Fürst Bülow an Hehrenthal.

Der Korrespondent des „Newyork Herald“ teilt mit, daß er aus ausweichender Quelle erfahren habe, der türkische Vorkämpfer in Berlin habe dem Minister des Äußern Schreyer Palsha eine interessante Mitteilung über ein Schreiben Bülow's an Baron Hehrenthal übermittelt. Danach habe Fürst Bülow dem österreichischen Staatsmann darauf aufmerksam gemacht, daß es absolut notwendig sei, die Verhandlungen mit der Türkei wieder aufzunehmen, und unter Umständen sogar Opfer zu bringen. Denn die Lage Europas sei derzeit, daß jeden Augenblick ernste Ereignisse eintreten könnten. Bülow habe dem türkischen Vorkämpfer in Berlin autorisiert, in Konstantinopel Mitteilung von dieser Note an Hehrenthal zu machen.

Die „Soziale-Ztg.“ erzählt zu dem vorstehenden Meldung: Die Nachricht dürfte zu treffen sein; denn sie entspricht derjenigen Anschauung, der der deutsche Reichstag wiederholt und zuletzt auch in einem Bericht an den Kaiser Ausdruck verliehen hat. Kaiser Wilhelm teilt diese Ansicht des Kanzlers. Sie ist unseres Staatsens deshalb richtig, weil diese Behandlung der orientalischen Frage allein geeignet erscheint, allenfallsigen schweren wirtschaftlichen Schäden der österreichisch-ungarischen Monarchie vorzubeugen. — Aber wenn auch diese diplomatische Aktion von einem gewissen Erfolg getränkt sein sollte, so ist damit der Jähstoff auf dem Balkan nicht beseitigt. Das im Frühjahr an der bosnisch-serbischen Grenze die Plänen machen und ein regelrecht Vandalentum dort (unter Hinweisung Montenegro) ausbrechen wird, — daran zweifelt in Bismarck'schen, in denen man zweifeln sehr gute — „Vorahnungen“ hat, kein Mensch!

Der Fall Hammann.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wegen mehrerer unter § 106 des Strafgesetzbuches fallender Behauptungen, die in einer gegen den kaiserlichen Legationsrat im auswärtigen Amt Dr. Hammann veröffentlichten Broschüre enthalten sind, stellte der Staatssekretär v. Schoen gegen den Herausgeber der Broschüre Werner Steinhoff und den Mitbeteiligten Bruno Schmitz Strafantrag.

Das Ende des Prozesses Eulenburg.

Die vor kurzer Zeit zur Unternehmung Eulenburgs nach Liebenberg entsandte gerichtsarztliche Kommission hat nunmehr der Staatsanwaltschaft ein schriftliches Gutachten übermittelt. Aus demselben geht der „Post“ zufolge hervor, daß die Kommission eine Wiederbestätigung des Fürsten nach menschlichem Ermessen bezweifelt. Sie hält es daher für ausgeschlossen, daß Fürst Eulenburg in Anbetracht seines hohen Alters jemals wieder verhandlungsfähig sein wird. Um aber den gesetzlichen Vorschriften zu genügen, wird die Staatsanwaltschaft den Fürsten dauernd in je vier bis sechs Monaten von einer gerichtsarztlichen Kommission untersuchen lassen, um somit die Verhandlungsfähigkeit des Fürsten stets aufs neue feststellen zu können.

Eine Besondereurteilung der Beamten.

Ist sich nach der „Deutsch. Post.“ die Oberprokuratur in Kiel haben aufsuchen können, indem sie nach den Stadterordneten sämtliche Postämter amtlich darüber vernahmen ließ, ob sie von ihrem Amtsbereich Gebrauch gemacht haben. — Bei den letzten Stadterordneten waren fünf in Kiel bekanntlich nur Sozialdemokraten gewählt worden, und dieser Umstand mag vielleicht die Anfrage der Oberprokuratur veranlaßt haben. Uebrigens soll eine große Anzahl von Beamten die geforderte Auskunft über die Ausübung ihres Wahlrechts verweigert haben.

Die Gefängnisarbeit.

Ueber die Konturen der Gefängnisarbeit haben in Hannover die Gefängnisleute wieder bittere Klagen zu führen, und zwar handelt es sich um größere Schloßkellerarbeiten für soziale Gefängnisse, die im Gefängnis in Hannover hergestellt werden. Eine Verarmung der Handwerkerklasse beschäftigt sie damit und betont, wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird, daß man angestrichelter Vorzüge der immer betonten Handwerkerzufriedenheit der Regierung Mißtrauen entgegenbringen müsse. Es soll jetzt das Material gesammelt werden, um daraufhin weiter vorzugehen zu können.

Bischof Reppers Schulprotest.

Der Einspruch des Bischofs Repper gegen die Schulnovelle und die Beschließung der württembergischen Landtagskommission ist, so schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus Kreisen der katholischen Geistlichkeit, sehr bezeichnend für das ganze Wesen des heutigen Ultramontanismus. Mit seinem Wort wird vom Bischof die Verantwortung einer Entwürdigung in Schulfragen zugegeben. Alles soll sein und bleiben wie vor 100 Jahren, als Schüler und Schüler nebenher die Dienste von „Schulmeistern“ versahen. Geistliche Erziehung ist diesen Kreisen überhaupt ein Fremdes, und wo sie kommen, haben sie fortschrittliche Menschen und Ideen nach Kräften mißhandelt. Konzentration auch der veraltetsten Dinge ist allein „echt kirchlich“, das Wagnis, solche Altmeister anzutasten, das schwerste Verbrechen.

Papst Pius IX. hat vor 40 Jahren, woran das „XX. Jahrhundert“, die Zeitschrift der fortschrittlichen Katholiken, zum österreichischen Kaiserjubiläum erinnert, die österreichischen Staatsgesetze über Glaubens- und Gewissensfreiheit als absonderlich erklärt und verurteilt. Im gleichen Geiste tut es jetzt Bischof Repper. Auch in den „schon kirchlichen“ Kreisen hat sich längst die Ueberzeugung durchgedrungen, daß die geistliche Bezirksaufsicht schon hätte abgelöst werden sollen; aber die Hierarchie weiß davon nichts. Mittellos werden die weitesten katholischen Kreise in Württemberg, liefern sie sich ein eigenes Urteil gemäß der, dem kommenden Ereignissen entgegenstellen, und der Protest des Bischofs Repper und seiner Räte wird sie in der Erkenntnis nicht wanken machen, daß wenn je einmal, so in der Frage der geistlichen Schulaufsicht die Frucht reif vom Baume fällt.

Allgemeine Mitteilungen.

Die andauernde Zurücksetzung der preußischen Zollbeamten in allen Gebalis- und Standesangelegenheiten ist eine Frage, die jetzt allenthalben aufgeworfen wird. Die Zollverwaltung bietet jetzt den Militäranwärtern die allererschlichsten Ausdienstlaufbahnen als Zollausbeber beschließen. Soffentlich tritt nach das Abgeordnetenhaus jetzt für die so hart zurückgesetzten Zollbeamten ein.

Die Kieler Handelskammer hat einstimmig beschlossen, beim Reichstag die Abschaffung des Gehehnturms über das Branntweinhandelsmonopol zu erbitten.

Der Oldenburgische Landtag beschloß eine Änderung des Staatsbudgets, wonach die Einführung des gleichen, geheimen, allgemeinen, direkten Landtagswahlrechts erfolgen kann.

Die diesjährige Ernte ist in Bayern befriedigend ausgefallen. Zwar bleibt das Ertragnis etwas hinter dem vorjährigen zurück, das seit 1890 das größte gewesen ist; doch übertrifft es das Jahresdurchschnittsertragnis der Ernten 1898/1907.

Ausland.

Das deutsche Gesperrt und kein Ende.

Die Furcht vor der Gefahr einer deutschen Invasion ist nachgerade zur fixen Idee in den englischen Köpfen geworden. Leider finden sich Leute, die gewissermaßen genug sind, trotzdem sie selbst zweifellos das Vordringen des Geanderten klar erkennen, breite Volksschichten immer mehr zu überzeugen. Kein Tag vergeht mehr ohne demonstrative Manöver, ohne Reden, in denen in frivoler Weise auf die „nahe Gefahr“ hingewiesen wird. Nachdrücklich die neuem Lehren der englischen Zeitungsleute und Politiker.

London, 10. Dez. Die Invasionsgefahr steht heute immer im Vordergrund der „Standard“ und „Daily Express“ lenken die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Zustand des Kriegsschiffens in Sheerness, an der Mündung der Themse. Hier sollen die Verteilungsmittel gänzlich vernachlässigt worden sein. Sheerness liegt nur dreihundert englische Meilen von Wilhelmshaven entfernt. Im Falle eines Krieges mit Deutschland würden die englischen Kriegsschiffe in Sheerness sicher das Ziel eines deutschen Torpedoangriffes sein. In Anbetracht dieser Umstände sei die Vernachlässigung dieses Kriegsschiffens seitens der Admiraltät geradezu ein nationaler Skandal.

London, 10. Dez. In einer Versammlung hervorragender englischer Seeoffiziere und Politiker in der Royal United Service Institution wurde die Invasionsgefahr sehr eifrig besprochen und kritisiert. Kritisiert wurde bei dieser Gelegenheit die Aufsicht über die Flotte des schwärzen Mannes angedeutet. So sagte Admiral Sir George Keel in einer großen ruhigen erregenden Rede unter anderem, Deutschland habe die Nordsee zum Paradeplatz für seine Flotte gemacht. Mister Ballais wußte mitzutellen, daß das deutsche Flottenprogramm sich fortwährend erweitere, während das englische nicht einmal eingehalten würde. Alle übrigen Redner maßen die deutsche Gefahr recht lebhaft aus. Auch mit dem Artikel über die mangelhafte Verteilung von Sheerness, den einige geübte Zeitungen veröffentlichten (siehe oben), beschäftigte man sich lebhaft. In Sheerness, hieß es, sind unter anderen auch vier Dreadnoughts und eine große Anzahl anderer mächtiger Vintageschiffe stationiert, die oftmals der Wacht in den leicht angrenzenden Hafen taglos vor Anker gehen. Kaum 300 Meilen entfernt, in Wilhelmshaven, liegen 36 Zerstörer auf der Wache. Die könnten beim Anbruch der Nacht die deutsche Küste verlassen und in der Morgenämmerung in Sheerness ein treffen und fürchterliche Zerstörung unter den absonderlichen Schiffschiffen anrichten. England könne diesen 36 deutschen Zerstörern höchstens 2 entgegenstellen. Man müsse schleunigst Vorkehrungen treffen, um eine Ueberzahl zu vermeiden, die gleich zu Anfang eines Krieges England seine besten Schiffe kosten könne.

Beschlehtung im Befinden des englischen Königs.

Ueber den Gesundheitszustand d. des Königs Edward besteht eine gewisse Verunsicherung. Die offiziellen Berichte behaupten nach wie vor, daß alles in bester Ordnung sei; aus Hofkreisen aber hört man, daß der König viel leidend sei, als man in seiner Umgebung zugibt. König Edward, der bald in sein heiliges Lebensjahr eintreten wird, laboriert an verschiedenen Leiden, die zusammen einen bedenklichen Schwächezustand herbeiführen. Unter anderem leidet der König an einem Halsleiden, so daß eine starke Schwellung eines der äußeren Maxillare seines Mundes ist. Auch ein Herzleiden hat sich entwickelt, das wohl nicht akuter Natur ist, das aber doch zu Besorgnis Grund gibt. In Brighton war der König bisher für die Öffentlichkeit nicht sichtbar. Er bleibt innerhalb der Grenzen des Gutes des Herrn Salsdon, dessen Gast er ist. Die Saisons sind abgelaufen und man zählt zu den intimsten Freunden des englischen Königs.

Vom Balkan.

Weitere österreichische Kriegsvorbereitungen.

Trotz allen offiziellen Dementis häufen sich die Anzeichen dafür, daß Oesterreich die mit einem neuen Aufmarsch rechnet. Die im (relativschönen) oberösterreichischen Industriebezirk lebenden österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen erhielten nach den Meldungen oberösterreichischer Blätter telegraphische Kriegsvorbereitungen. Die letzten zwei Jahrgänge der Reserve erhielten Befehl, sich in Agrar und Agrar zu stellen, die Offiziere und Chargierten sollen sich bei ihren Regimentern.

Serbische Korruption.

Der serbische Abgeordnete Oberstleutnant Mitić kündigt, wie aus Besrad berichtet wird, insensationale Enthüllungen über mißbräuchliche Verwendung des vor zwei Monaten von der Stupischina bewilligten Kredits von sechzig Millionen an, durch welche eine ganze Reihe hochgeachteter Militärs und Zivilbeamter sowie mehrere sich besonders patriotisch gebende Zeitungen stark kompromittiert sind.

Armenische Greuel.

Nach einer aus Moskau eingetragenen Meldung wurde der Offizier Radmud Cheder Aga (Kurde) mit 100

Soldaten vom Bass von Moskau nach dem Orte Tefates geschickt, um die Armenier zu schüßen. Aber Nach und Cheder Aga überfiel mit seinen Leuten selbst den Ort, plünderte alle armenischen Häuser, tötete viele Männer und führte dann nach solchem „Kazierungsverf“ feilenmäßig nach Moskau zurück. Und der Bass wagte diesen Räuber und Wörder im Offiziersrock nicht einmal zu strafen!

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 11. Dezember.

Zum Direktor der Politik.

für Hautkrankheiten ist der Berliner Privatdozent Professor Dr. med. Erich Hoffmann berufen worden.

Professor Hoffmann ist 1868 zu Wilmig in Pomern geboren, erhielt 1887 am Kgl. Joachimsthalschen Gymnasium in Berlin das Zeugnis der Reife und wurde im Oktober desselben Jahres in die Kaiser-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen aufgenommen. 1892 promovierte er. Seit Oltm 1900 war er Schüler von Professor Lesser, wurde vom Juli desselben Jahres bis 1903 zu dessen Unterarztsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten kommandiert und 1903 nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Militärdienst sein wissenschaftlicher Assistent. Im Juli 1904 habilitierte er sich in der Berliner medizinischen Fakultät. Hoffmann entfaltete eine reiche fachschriftstellerische Tätigkeit.

Der Innungsausschuss.

häft heute abend 8 Uhr im Restaurant „Zum Schultze“, hier, eine ordentliche Versammlung mit nachfolgender Tagesordnung ab:

1. Selbst- und Weiterversicherung der selbständigen Handwerker gegen Alter und Invalidität; Ref. Herr Handwerkskammersekretär Bölg.
2. Submissionswesen.
3. Vorkommnisse.
4. Besprechung über die bevorstehenden Wahlen zur Handwerkskammer.
5. Gesellschaftliches.

Freistudentische Konferenz.

Die Halle'sche Freie Studentenschaft, die am 9. d. M. auf ein gehobenes Niveau juristischden konnte, veranstaltete am 10. und 11. Dezember eine freistudentische Konferenz, die die Ziele und die Stellungnahme der Halle'schen Freistudenten zu wichtigen akademischen Fragen darlegen soll. Die öffentliche Hauptversammlung dieser Konferenz fand gestern abend in den „Räuserläden“ statt. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch Herrn Dr. Schöne ergriff der Privatdozent Dr. W. Dhr aus Witten das Wort zu seinem Vortrag über:

Die nationale Aufgabe der deutschen Studentenschaft.

Die deutsche Studentenschaft, so führte der Redner einleitend aus, hat sich in früheren Zeiten viel umfassender als Einheit gefühlt, und freier gehandelt, als dies heute der Fall ist. In den letzten Jahrzehnten hat das Hochleben auf sozialem und gesellschaftlichem Gebiet neue Probleme heranzumachen, muß von dem deutschen Akademiker mehr als ein bestimmtes Maß von Schwaffen gefordert werden. Denn kein Volk darf ohne Chancen für seine Entwicklung auf die Initiative der Einzelnen verzichten. Gerade unsere nächste Zukunft wird einen schweren Kampf auf dem wirtschaftlichen Reben bringen. Das deutsche Volk in diesem Kampf aus seiner Isolation zu unterziehen, und es durch seine Arbeit auf eine höhere Kulturstufe zu heben, das ist die nationale Aufgabe der deutschen Studentenschaft.

Reicher Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen. In der darauffolgenden Diskussion wurde von einem Redner darauf hingewiesen, daß der Student sich in der Politik zwar umhören und studieren, aber bei keiner bestimmten politischen Partei sich festlegen möge. Der zweite Teil des Abends sollte einen Vortrag des Oberbürgermeisters von Jüda, Herrn Dr. Antoni, über Duell und Ehrengerechtigkeit bringen. Infolge einer Aunergiftung war jedoch Herr Dr. Antoni an seinem Erscheinen verhindert. An seiner Stelle sprach Herr Dr. Friedrich über dieses Thema. Das Duell als solches, so führte er aus, werde sowohl von Duellfreunden als auch Gegnern als ein Uindig empfunden, da es immer nur eine symbolische Sühne bilden könne. Alle Ehrentätigkeiten gehören in das Reich des Geistigen. Daher sei es ein Uindig, sie mit der Waffe ausstragen zu wollen. Selbstverständlich müsse auch der Duellgegner bereit sein, seinem Kontrahenten, mag er nun selbst Velleidiger oder Velleideter sein, in irgend einer Weise eine Genugtuung zu gewähren. Zu diesem Zwecke sollen studentische Ehrengerechtigkeiten mit einem Duell verbunden sein. Die Ehrenerziehung ist gebildet worden. Mit der Hoffnung, daß studentische Ehrengerechtigkeiten diesem Ziel, ein allgemeines studentisches Ehrengerechtigkeit zu schaffen, mit der Zeit anwachsen könnten, schloß Herr Dr. Friedrich seine Ausführungen.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern auf die Uäherlichkeit des Waffenvertrugs hingewiesen, der meist dann ausgesprochen wird, wenn bei Konflikten zwischen Angehörigen verschiedener Korporationen sich niemand den Bestimmungen der fremden Korporation unterwerfen will. Auch hier, nach mehr oder bei der Austragung von Zweikämpfen zwischen korporierten und inkorporierten Studenten sei die Bildung von studentischen Ehrengerechtigungen auf einer patriotischen Basis zu fordern.

Duell und Ehrengerechtigkeit.

Erst in der zweiten Stunde schloß die außerordentlich gut besuchte Versammlung.

Vortrag im Thüringer Bezirksverein deutscher Ingenieure.

In der letzten Kreisversammlung hielt Herr Richard Oberingenieur der Regina-Bogenlampenfabrik, Köln-Sülz, einen Vortrag über moderne Bogenlampen, dem wir folgendes entnehmen:

Letzte Nachrichten.

Castro in Frankreich.

Borpeug, 10. Dez. Gleich nachdem die „Guadeloupe“ in Paullac eingetroffen war, ist dem Präsidenten Castro von beiderseitiger Seite mitgeteilt worden, daß er sich jeder Verbindung mit der Presse zu enthalten habe. Die Weiterfahrt Castros nach Paris erfolgt morgen.

Von der Verteilung der diesjährigen Nobelpreise.

Christiana, 10. Dez. Zur Verteilung des Nobelpreises sind R. R. Arnolds persönlich hier eingetroffen. Er hielt nach Befragung des Beschlusses des Nobelskomitees eine Ansprache, in der er einen Plan zur Reorganisation der internationalen Arbeit für den Weltfrieden vorlegte. Die Arbeiter sollten aufgeführt werden, eine Weltfriedensadresse zu unterzeichnen. Alle erwachsenen Männer und Frauen sollten ermahnt werden, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der die Abschaffung der Kriegserklärungen und die Einführung einer für die ganze Welt gemeinsamen Ordnungswehr verlangt wird. Man hoffe dadurch, der nächsten Saager Konferenz eine moralische Stütze zu geben, die es den Regierungen möglich machen soll, sich über einen wirksamen Anfang der allgemeinen Abrüstung zu einigen.

Stockholm, 10. Dez. Die feierliche Uebergabe der diesjährigen Nobelpreise fand heute nachmittags statt. Mit Ausnahme des einen Preisträgers für Medizin, Professor Metschnikoff, waren alle mit Preisen bedachte zur Feier persönlich erschienen und nahmen Diplom und Goldene Medaille aus der Hand des Königs entgegen. Professor Metschnikoff wurde von dem russischen Gesandten, Baron Rubberg, vertreten. Neben der diesjährigen Nobelpreise beläuft sich auf 192 827 Francs.

Keine Abfertigung der Waffenschiffe.

London, 10. Dez. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Lord Dunsdale die Regierung, ob zwischen Staatssekretär Denburg und dem Premierminister der Kapitän und Transvaal Mitteilungen ausgetauscht seien über die Abfertigung der Waffenschiffe. Regierungssitzung wurde erwidert, daß die Kolonie nicht diese Waffenschiffe hätte.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 10. Dez. Die Regierung übermittelte dem Abgeordnetenhaus die Vorlage betreffend das Uebereinkommen mit dem Deutschen Reich zum gegenseitigen gewerblichen Handelsverkehr vom 17. November 1908. Der Leiter des Finanzministeriums, Freiherr v. Jorjatsch-Koch leitete das Budget für 1909 mit einem Exposé ein, in welchem er feststellte, daß die gesamten Ausgaben mit 2 203 596 103 Kronen und die gesamten Einnahmen mit 2 303 657 294 Kronen veranschlagt sind. Gegenüber dem Vorjahre beträgt die Steigerung der Ausgaben 154,7 Millionen, die der Einnahmen 154,6 Millionen Kronen. Die Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Wien, 10. Dez. Das Abgeordnetenhaus wählte den Sozialdemokraten Bernerhorfer, den Deutschen Steiner, den Slowenen Bogacnik und den Tschechen Jazovka zu Vizepräsidenten.

Zur Entlassung des Unterstaatssekretärs Segato.

Rom, 10. Dez. In der Deputiertenkammer teilte heute der Kriegsminister mit, daß der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Segato seine Entlassung erbeten und erhalten habe. Das Entlassungsgesuch sei auf eine Veröffentlichung des auf Befehl des Ministers pensionierten Generalinspektors der Artillerie, Mangiagalli, zurückzuführen, die auch zwei Privatbriefe Segatos enthalte, in denen dieser Mangiagalli seine Sympathien ausdrückt.

Ein englischer Admiral reorganisiert die türkische Flotte.

London, 10. Dez. Wie das Neuterliche Bureau erzählt, hat die englische Regierung dem Ansuchen der Türkei um Entsendung eines englischen Admirals zwecks Reorganisation der türkischen Flotte zugestimmt.

Die Türkei macht sich bereit.

Konstantinopel, 10. Dez. (Med. d. W. R. A. Tel.-Bur.) Die Redaktion von Konstantinopel ist zu einer die wichtigsten Werbung einzuwerfen worden.

Oesterreich verhandelt nicht mit der Türkei.

Konstantinopel, 10. Dez. (Med. d. W. R. A. Tel.-Bur.) Die von ausländischen Wältern gebrauchte Nachricht, die österreichisch-ungarische Regierung habe ihre Genehmigung begehrt, Verhandlungen mit der Türkei auf Grundlage der Uebereinkunft eines Teiles der türkischen Staatsschuld zu pflegen, wird hier als irrig bezeichnet.

Wien, 10. Dez. Dem R. A. Tel.-Bureau wird aus Petersburg gemeldet: Die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf die letzte russische Note, betreffend die Konferenz ist hier eingetroffen und heute nachmittags Jawolski übergeben worden.

Dissabon unter Wasser.

Dissabon, 10. Dez. In der Nähe der Stadthalle ist das Hauptrohr der Wasserleitung eingestürzt. Der Verkehr wurde durch das ausströmende Wasser vollständig unterbrochen.

Liebsteht bleibt in Haft.

Berlin, 10. Dez. Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beriet heute über den Antrag des Abg. Borgmann und Gen., die Staatsregierung zu ersuchen, die Strafhaft des Abg. Dr. Liebenecht während der Sitzungsperiode aufzuheben. Nach eingehender Beratung, insbesondere nach Erörterung der Bedeutung und der Entstehungsgeschichte des Art. 84 der preussischen Verfassung gelangte die Kommission zu einem ablehnenden Beschlusse.

Waffenschnitz eines Heidelberger Blattes, den Wollen eines künftigen Intendantates mit dem Recht der Nachfolge des Grafen Seebach unter glänzenden Bedingungen anzutragen. Dr. Schottler hat das ehrenvolle Anerbieten ausgeprochen.

Ein Schattenspieler für Berlin. Ein neues künstlerisches Unternehmen, das in aller Eile vorbereitet wurde, wird in aller nächster Zeit in Berlin ins Leben treten. Es handelt sich um die Gründung eines Schattenspielertheaters, wie es ähnlich in München reges Interesse gefunden hat. Die Begründer und künstlerischen Leiter der „Schattenspieler“ sind der Schauspieler Erich Kaiser, T. H. vom Neuen Schauspielhaus, Architekt Oskar Usbek, Schriftsteller Fritz v. Urruh.

Vermischtes.

Verbrechen auf der Eisenbahn.

Die Untersuchung gegen den Mord an dem Versicherungsagenten Kurt Regen in Eriar verhängten Liebbautechniker Franz Maag hat einige neue, Maag hinsichtlich belastende Momente zutage gefördert, so daß an seiner Schuld nicht zu zweifeln ist. In der Wohnung Maags wurden Reste von verbrannten Legitimationspapieren des im Zugabteil ermordeten Regen gefunden. Maag soll 6000 Mark Schulden haben; er wurde von den Gläubigern hart bedrängt. Die Kleider Maags waren blutbespritzt. In seinem Besitz fanden sich ein Portemonnaie des Ermordeten und dessen blutige Fahrkarte. Regen lag, als man ihn tot auffand, mit lächelnder Miene da; er ist wahrscheinlich im Schlaf erschossen worden. Der Mörder hatte den Revolver vor acht Tagen gekauft.

Die beiden Damen, die am Mittwochabend im Personenzug Breslau-Berlin hinter der Station Moßhorn überfallen wurden, sind die Ehefrau des Ingenieurs Wundler aus Deutsch-Wilfa und deren Tante Frau Hegemann aus Greifswald. Sie hatten als einzige Passagiere in Breslau in einem Coupé zweiter Klasse Platz genommen. Raum hatte der Zug die Station Moßhorn verlassen, als von der rechten Seite des Zuges die Coupétür geöffnet wurde und rüchlings zu ihnen ein langer hagerer Mann ins Coupé trat. Die Damen hielten ihn zunächst für den Fahrkartenrevisionsbeamten. Bald darauf erschien an derselben Coupétür noch ein zweiter Mann von unterlecker Gestalt. Wöllisch bemerkten die Damen, daß beide Männer mit schwarzem Kopfschmuck und langen schwarzen Hosen bekleidet waren. In ihrer Verzweiflung schrien die Damen um Hilfe, und Frau Hegemann zog die Notbremse. Die beiden verummten Gestalten suchten die Damen mit den Worten zu beruhigen: „Seien Sie nur ruhig, wie tun Ihnen nichts.“ Als sie aber bemerkten, daß der Zug zum Stehen kam, ergriffen die Käufer die Reißleine der Damen, die auf den Seiten neben ihnen lagen und stützten damit zur Coupétür hinaus, um im Dunkel der Nacht zu verschwinden.

Der Mann mit den weißen Brüsten. Eine kleine Polizeiwirtschaft führte der Kaufherr Hugo Jaed in Berlin. Jaed unterhielt ein Verhältnis mit einer gewissen Martha Meike, die er zwang, für ihn stehen zu gehen. So bildete sich das Mädchen zur Spezialistin im Schaulustendiebstahl aus. Es gelang ihr aber nicht, so viel herauszuschaffen, als ihr Liebhaber brauchte. Deshalb nahm sich Jaed nach und nach drei Bräute hoch, u. a. auch eine Martha S. aus Spandau, die ihren Eltern entlaufen war. Jaed schickte nun alle vier „Bräute“ auf den Schaulustendiebstahl aus. Jetzt ist die Meike festgenommen worden, und die Polizeiwirtschaft wurde aufgehoben. In der Bewahrung der Mädchen beschlagnahmte die Kriminalpolizei noch allerhand Waren, die Jaed noch nicht hatte verkaufen können, Pelze, Sandalschuhe, Zöpfe und dergleichen mehr. Die ganze Gesellschaft wurde nach Moabit gebracht.

Ein Priester als Gastwirt. Der „Matin“ meldet aus Verqueux, Dep. Dordogne, daß der dortige Abbé Chabot, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, fälschlich eine Wirtschaft eröffnet habe, in der er seine Gäste selbst bedient.

Ein Hauptlehrer als Rindsmörder. In Altfenschwant ist der Hauptlehrer Alfred Danneffel unter dem Verdachte, sein 4½-jähriges Töchterchen aus erster Ehe ermordet zu haben, um das Rind zu beerben, verhaftet worden. Danneffel soll auch Urkundenfälschungen begangen haben.

Im Wartesaal gestorben. Der Kapitän zur See Guard Börner ist im Wartesaal 2. Klasse des Potsdamer Bahnhofes in Berlin, von wo er sich nach Potsdam zu seinem dort lebenden Bruder begeben wollte, im Beisein seines Freundes, des Prägenkapitäns a. D. Meike, plötzlich gestorben. Er war seit längerer Zeit mit einem Herzerleiden behaftet. Ein herbeigerufener Arzt stellte als Todesursache Herzschwäche fest.

Mittiger Kampf mit Polizeibeamten. In Neumühl (Westf.) überfielen mehrere Bergleute einen Waidweidner Polizeibeamten, schlugen ihn nieder und versuchten ihn zu erschellen, indem sie ihm die Kehle zuschürzten. Eine große Volksmenge versammelte sich, die ebenfalls gegen den Polizeibeamten Stellung nahm. Als im letzten Augenblick Polizeierstärkung eintraf, mußten die Beamten mit blanker Waffe gegen die Menge vorgehen. Zahlreiche Personen wurden teils schwer, teils leichter verletzt. Fünf Raufboide wurden gefesselt und abgeführt.

Tod in den Wäldern. Bei Grimlinghausen in der Nähe von Düsseldorf wurde durch die Wälder eines Schlepplampfers ein Boot zum Kentern gebracht. Drei Personen ertranken.

Selbstmord. Im Gebäude des Bezirkskommandos zu Hof an der Saale erschoss sich aus unbekanntem Gründen der Bezirksfeldwebel Heger.

Unterhaltungsblatt.

Remer's Roman von B. v. d. Lunden. (Fortsetzung.) — Sein Bruder, Humoreste von E. Mathias. — Neue Zeitung, Jester und Goethe. Waldsprüche. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Rintmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handeltel: J. W. Erwin Alexander-Rag; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Der Lichtbogen selbst ist schon über 100 Jahre alt, während die Erfindung der Differential-Lichtlampe nur ca. 20 Jahre zurückliegt. Diese ist aber ihrerseits seit einigen Jahren wieder mehr und mehr verdrängt worden durch die Lampen mit eingeschlossenem Lichtbogen und die sogenannten Effektlampen, das sind Lampen mit metallschmelzigen Kohlen. Zu der ersten Gruppe gehören die Regina, Zeita- und Regina-Lampen. Das Wesen des Reginalichtbogens liegt in der vollständig geschlossenen Bauart. Das Lichtbogenfenster und der Lampenkörper, der die Kohlen aufzunehmen hat, bilden einen einzigen allseitig abgeschlossenen Raum, dadurch wird der Lichtbogen vor der Außenluft abgeschlossen, es wird nicht abgebläht, und durch das Fehlen des Sauerstoffes verdampt die Kohle ohne Aufschmelzung. Bei der Regina-Lampe steigt dadurch die Brenndauer auf 2 bis 300 Stunden und der Energieverbrauch sinkt auf 0,82 Watt pro Normalstunde gegen 1,41 bei gewöhnlichen Dauerbrennlampen bei denen die Luft an der Kohlenführung eintreten kann. An den ausgefallenen Lampen konnte man sich von der einfachen und soliden Konstruktion aller 3 Typen überzeugen.

An Hand von Tabellen wurde nachgewiesen, daß unter gleichen Bedingungen eine Normalstunde in 1000 Brennstunden bei der Zeitalampenscheinung 21 Wg. kostet, gegenüber 32 Wg. bei gewöhnlichen offenen Lampen. Bei einem Vergleich der Regina-Lampe mit Glühlampen stellt sich die Kerze in 1000 Stunden bei der Regina auf 36 Wg., Metallglühlampe 69 Wg. und Kohlenlampenlampen 143 Wg.

Der Vortragende ging dann zu den Flammenbogenlampen über; bei diesen ist die Helligkeit wie bei jeder offenen Lampe unabhängig vom System selbst. Bei gleicher Stromstärke und gleichen Kohlendimenionen muß die Lichtstärke bei allen Systemen dieselbe sein. Es wurden 2 Effektlampentypen vorgeführt, die eine mit nebeneinanderstehenden Kohlen für Kellere-Beleuchtung, die andere mit kreuzweise stehenden Kohlen speziell für Straßenbeleuchtung. Endlich wurden noch Lampen und Lichterlampen gezeigt. Die letztere zeichnet sich durch besonders hohe atmosphärische Wirkung aus und weist eine ganze Reihe von Vorzügen auf gegenüber Beleuchtungsapparaten mit offenen Lampen, welche mit hoher Stromstärke und einer Widrigkeit operieren.

Der Vortrag schloß mit einem Hinweis auf die enge Zusammenhangsrichtigkeit zwischen dem Aufschwung der Beleuchtungstechnik und den Fortschritten aller übrigen Industrien.

Kriminalistische Vereinigung.

Die deutsche Landesgruppe der Internationalen kriminalistischen Vereinigung wird vom 3. bis 5. Januar 1909 in Berlin eine außerordentliche Tagung zur Beratung des Entwurfs einer neuen Strafprozessordnung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Generalreferat über den Entwurf. Referenten: Landesgerichtsdirektor a. D. Dr. Schottler-Berlin und Professor Dr. v. o. Visz-Berlin.

2. Referat des Professors Dr. v. Lilienthal-Heidelberg über „Weitergehende Durchführung der Anklageform“.

3. Referat des Kammergerichtsrats Dr. Kroneder-Berlin über „Die Organisation der Strafgerichte unter Berücksichtigung der Einführung der Berufung“.

4. Referat des Oberlandesgerichtsrats Hofenberg-Cöln am 1. C. über „Die Stellung der Staatsanwaltschaft im Strafprozeß“.

Was ist ein Fabrikbetrieb?

Bei der Beratung der großen Gewerbeordnungsnovelle hat der Reichstag sich der Regierungsvorlage angeschlossen, monach Fabrikbetriebe alle diejenigen Betriebe sind, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden. Falls diese Erklärung, wie anzunehmen, Gesetz wird, so ergeben sich daraus weitgehende Folgerungen. Nicht zuletzt auch dadurch, daß endlich eine klare Scheidung zwischen der Zugehörigkeit zur Handwerks- oder Handeltammer eintritt, die natürlich auch auf den kleinen Befähigungsnachweis (d. h. die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben) von Einfluß ist.

Den tiefsten Stand erreichte die Sonne gestern nachmittags, d. h. sie ging um 3 Uhr 59 Minuten unter und damit ist der immer früher stattfindende Sonnenuntergang vorbei. Schon am 17. Dezember taucht sie eine Minute später unter und das geht immer, wenn auch langsam, weiter, so fort, am 31. Dezember hat der Tag ebenfalls schon 9 Minuten „zugenommen“, denn an diesem Tage geht die Sonne erst um 4 Uhr 8 Minuten unter.

Provinzial-Weisterrufe. Die beteiligten Handwerkerkreise lehnen darauf aufmerksam gemacht, daß die nächsten außerordentlichen Kurse für Schneider und Schuhmacher am 4. Januar 1909 und für Innhalbkurser am 1. Februar 1909 in Magdeburg beginnen. Anmeldekarten sind inzwischen, spätestens 4 Wochen vor Beginn der Kurse an deren Leiter, Direktor Professor Thormählen daselbst, Brandenburgische Straße 10, zu richten.

Aufflottentag 1909. Wie aus Mannheim gemeldet wird, haben die Vertreter des 1. Luftflottentages beschlossen, den 2. Luftflottentag nächstes Jahr in Leipzig abzuhalten.

Christlicher Verein Junges Männer, Geißler, 29. Im nächsten Sonntag ab, 8 Uhr wird Herr Johanna Karbe einen Vortrag halten über das Thema: „Jugend und Wundpflege und Krankeheiten.“ — Nachher religiöse Ansprache. Jeder junge Mann ist eingeladen, der Zutritt ist frei.

Kunst und Wissenschaft.

Kuno Fishers Bibliothek. Bei Ernst Carlsbach in Heidelberg hat die Verfertigung der Bibliothek Kuno Fishers begonnen. Unter dem wertvollen Schilde, die ausgeben werden, befinden sich einige Goethe-Erbsen.

John Miltons 300. Geburtstag. Die dreihundertjährige Wiederkehr von John Miltons Geburtstag ist am 9. d. in England feierlich begangen worden. Die Professoren und Dozenten von Christs College in Cambridge, wo der Dichter die Kadenzjahre zugebracht hat, veranstalteten ein Milton-Festmahl, bei welchem der Dichter Professor Dr. Poett, Dr. J. W. Mac Raif, die Festrede hielt; auch haben Cambridge Studenten „The Mask of Comus“ aufgeführt. Die britische Akademie trat am 8. d. zu einer Milton-Festigung zusammen und das britische Museum veranstaltete eine Sonderausstellung von Handschriften des englischen Klassikers mit den merkwürdigen Lebensskizzen und dem mächtigen Einfluß auf die deutsche Literatur.

Theater und Musik.

Generalintendant Graf Seebach amtsmdie? Er ist jetzt bekannt wird, welche vor einiger Zeit ein Vertreter der königlichen Hoftheaterintendanten in Dresden mit Beauftragung des Generalintendanten Grafen Seebach und des Königs in Heidelberg, um dem dortigen Rechtsanwält Dr. Schottler, dem langjährigen

Main table containing stock market data, organized into columns for various sectors like 'Börsennotierungen', 'Devisen', 'Kursen', etc. Includes company names and their corresponding prices.

